»Glaubt etwa die Augsburgerin, ihr Unwillen und ihr Schweigen widerlegten die Tatsachen der Zeit?«
(Karl Marx)

Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg Winter 2018/2019

Quelle: facebook.com/IgMetallAugsburg

Über den Tisch gezogen

Fujitsu – früher Siemens – will das Werk in Augsburg schließen und 1.800 Beschäftigte auf die Straße setzen. Das teilte das Unternehmen Ende Oktober mit und stellte damit seine geschockten *»Mitarbeiter«* vor vollendete Tatsachen. Dabei hatte Fujitsu noch im November auf seiner Homepage verkündet: *»Das Werk Augsburg ist einer der weltweit modernsten Produktionsstandorte für Computer und Speichersysteme und die einzige verbliebene PC-Fertigung in Deutschland.«*

Vor drei Jahren jubelte man aus Anlass eines Besuchs des damaligen Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD) noch: *»Der Produktionsstandort ist ein Musterbeispiel an Flexibilität und wird deshalb als ‚atmende Fabrik' bezeichnet. Die Produktion passt sich der Auftragslage und der Nachfrage an, individuelle Kundenanfragen können termingerecht und flexibel produziert werden. Diese Produktionsbedingungen sowie kontinuierliche Verbesserungen und Investitionen sichern die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Standorts.«*

Die Stadtoberen Augsburgs reagierten auf die Ankündigung der Schließung wieder einmal vollkommen hilflos. Bürgermeisterin und Wirtschaftsreferentin Eva Weber (CSU) bettelte am 29. Oktober auf einer Pressekonferenz um *»neue Perspektiven für die Beschäftigten«*. Man *»appellierte«* an Fujitsu,

weiterlesen auf Seite 4 ➔

Wem gehört die Stadt?

Augsburgern wird häufig übertriebene Sparsamkeit nachgesagt, sie seien knausrig. Für die Stadt Augsburg gilt das nicht unbedingt: Das Werksgelände von Fujitsu wurde seinerzeit Siemens übereignet, unentgeltlich. Dank der Betriebsschließung können die neuen Eigentümer nun den geschenkten Grund und Boden versilbern.

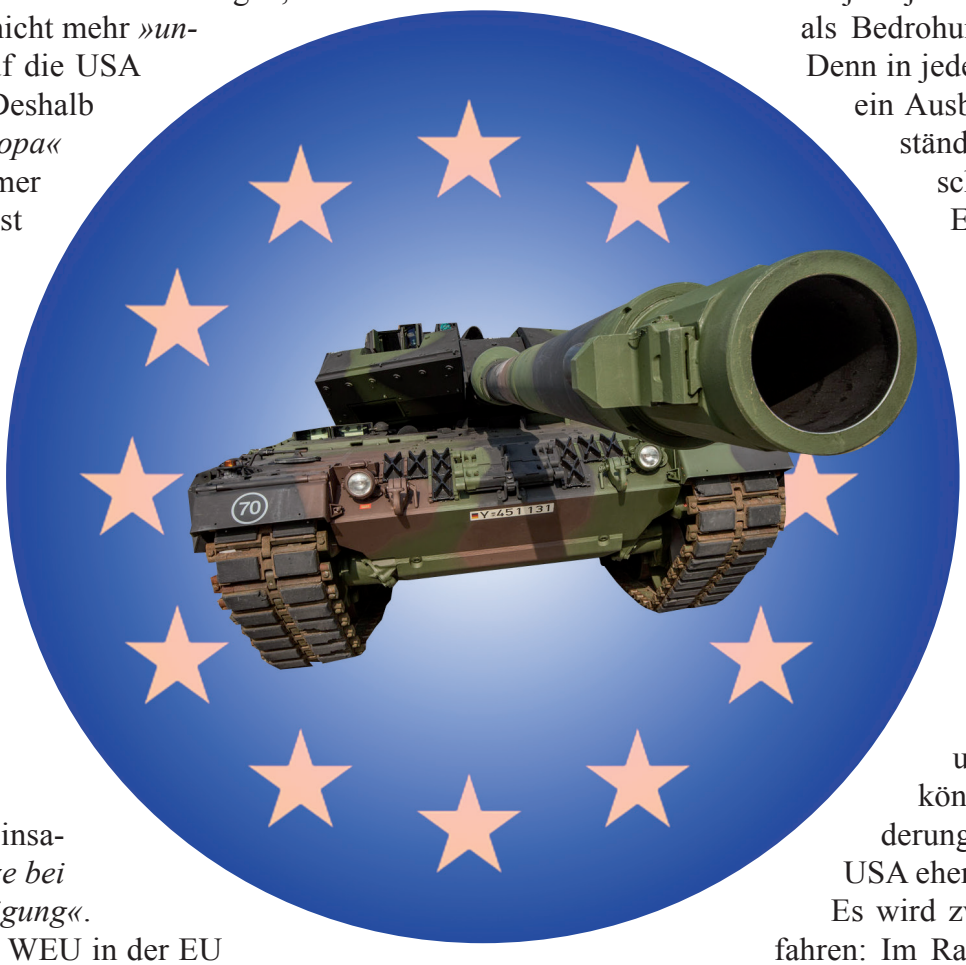
Im Fernsehen kommen solcherlei *»Geschäfte«* in schlechten Krimis vor, meist garniert mit Mafia und ein paar Toten.

In der Realität, in Augsburg, geht alles legal zu. In Ausgburg sind die Opfer nicht tot, sondern arbeitslos.

Die »Armee der Europäer«

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben im November den Wahlkampf zum EU-Parlament mit der Forderung nach einer *»europäischen Armee«* eingeläutet. Diese soll sich gegen Russland (ist das kein europäisches Land?) und China richten, aber auch – und das ist in dieser Form neu – gegen die USA.

Als perfekter Stichwortgeber dient Macron und Merkel dafür US-Präsident Donald Trump. Über den schütteln in Europa viele Menschen zu recht den Kopf. Merkel nutzte die jähen Positionswechsel und wirren Äußerungen dazu, bei ihrer Rede vor dem EU-Parlament zu beklagen, dass sich Europa nicht mehr *»uneingeschränkt«* auf die USA verlassen könne. Deshalb müsse sich *»Europa«* – gemeint ist immer nur die EU – selbst verteidigen.



Merkel und Macron unterschlagen allerdings, dass der Aufbau einer eigenen EU-Armee keine neue Erfindung ist. Schon 1992 beschloss die damalige Westeuropäische Union (WEU) unter anderem gemeinsame *»Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung«*. Inzwischen ist die WEU in der EU aufgegangen, und die schrieb ihre Militarisierung in allen Grundlagenverträgen der folgenden Jahrzehnte fest. Im Lissabon-Vertrag von 2009, der aktuell wichtigsten Grundlage der EU, heißt es in Artikel 42: *»Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.«* Frieden und Abrüstung sind dagegen keine Ziele der Europäischen Union.

Das jüngste Projekt in diesem Rahmen heißt PESCO, was für *»Ständige Strukturierte Zusammenarbeit«* steht. Als es Ende 2017 in Kraft trat, fanden Politiker und Kommentatoren einen eingängigeren Begriff dafür: Verteidigungsunion. Sie soll, wie es Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen ausdrückte, die erste Stufe zu einer *»Armee der Europäer«* sein. Als Führungsmächte sehen sich Frankreich und Deutschland – und schon im Lissabon-Vertrag ist die Möglichkeit vorgesehen, dass sie auch alleine im Namen Europas Krieg führen dürfen. Die formelle Zustimmung (*»Beauftragung«*) dafür durch die anderen EU-Staaten dürfte im Zweifelsfall schnell zu bekommen sein.

Die EU-Armee steht bislang nicht gegen die NATO, wie unisono betont wird. Von den USA wird das Projekt jedoch schon jetzt als Bedrohung aufgefasst. Denn in jedem Fall würde ein Ausbau der eigenständigen militärischen Stärke der EU-Staaten die bislang bestehende Dominanz Washingtons im *»westlichen Bündnis«* spürbar einschränken. Die EU und ihre Führungsmächte Deutschland und Frankreich könnten ihre Forderungen gegen die USA eher durchsetzen.

Es wird zweigleisig gefahren: Im Rahmen der EU wird ein eigenes Militär aufgebaut, und auch die NATO wird verstärkt. So haben alle NATO-Staaten beschlossen, dass sie jeweils zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Aufrüstung stecken sollen. Für Deutschland wäre das nach aktuellem Stand eine Verdoppelung der Rüstungsausgaben – Geld, das an anderer Stelle fehlen wird. Die Zeche zahlen wir. Trotzdem wirbt SPD-Chefin Andrea Nahles für die EU-Militarisierung mit der Begründung, dass man dadurch Geld sparen könnte. Und dann wundern sich die Sozialdemokraten, warum sie immer schlechtere Wahlergebnisse einfahren.

Rückblick

Im letzten Perlachgucker berichteten wir von Zuzahlungen zur Miete von Augsburgerinnen und Augsburgern, die Mietkostenzuschuss erhalten.

Jahrelang hatte die Stadt dagegen prozessiert angemessenen Wohngeldzuschuss zu zahlen.

Rentner, Hartz IV Empfänger, die auf dem angespannten Augsburger Wohnungsmarkt keine ausreichend billige Wohnung bekommen konnten, mussten den Differenzbetrag solange aus der eigenen Tasche zu begleichen. Und das von dem Geringem, das ihnen gesetzlich zusteht.

Seit Ende 2017 ist es amtlich. In einem letztinstanzlichen Urteil des bayerischen Oberlandesgerichts wurde festgestellt: Der Mietkostenzuschuss in Augsburg ist zu niedrig.

Wurden nun die, die jahrelang um ihre Ansprüche gebracht wurden, entschädigt? Diejenigen, die dagegen geklagt haben, ja. Die anderen gingen leer aus.

Und wer einen zu niedrigen Mietkostenzuschuss erhalten hatte? Wurden der nun informiert? Oder wurde der Zuschuss gar automatisch angepasst, also erhöht?

Uns ist bis heute nichts davon bekannt. Schön wenn wir das im nächsten Perlachgucker korrigieren könnten.

Perlachgucker wird herausgegeben von der
Deutschen Kommunistischen Partei

(DKP) Augsburg.
V.i.S.d.P.: Gregor Thaler, c/o Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstr. 3, 86154 Augsburg.

Kontakt: info@dkpaugsburg.de
Internet: www.dkp-augsburg.de,
Facebook: www.facebook.com/dkp-augsburg

news.DKP.de
Nachrichtenportal der DKP

Dr 'Perlachgugga

Grias eich, i bins wieda, eier Perlachgugga!
Sagts amol, des is ned wor, dass eich o aso geht wia mir...i moin mit dem Pflegenotschdand... Endlich soll's ja bei mir losgeha mit dr' Obarazion an meim gsamten Gstell. Dr' Schdadtseggl hots ja genehmigt, dass I wieda schee werda derf...des hab I eich ja scho amol verzählt!
Und seitdem wart und wart I. Eigendlich sollt' mei Michale ja scho des Johr nimma in mir sei, weil I a Bauschtell gwäsa wär...eigendlich hät i scho lang ohne mei Turmschdub und meim Zwieblmitzle doschdea solln, aber - bis jetzt is nix bassiert...blos gschbert ham's mi und mir is voll fad...s'oinzige, was I no hab, is mei Uhr und mei Gloggaschbil.
Koi alde Sau kommt mehr nauf und guckt nunda, Koi oinzigs Kindle schreit mehr »Hallooooo«, wenns dia gloine Menscha da unda loffa sigt. I wart also schdündlich drauf, dass se was duad, aber I schdeh halt immer no im Warteraum von dr' Notaufname ... um amol aus eira Sicht zum Schwätza...und nix bassiert. Vielleicht streign meine Ärzt - äh...meine Reschdauradorn moin I - ja grad für a bissle mehr Geld?
Ah...bevor I's vergiss: Habts ihr des scho ghert, dass die Bazi von dr' Gschäftsführung vo dr' Augschburger Allgemeinen oifach ausm Tarifvertrag von de Drugga nausganga sin und an »Augschburger Weg« eischlaga wolln? Des hab I vor a baar Dag mitgriagt, als se a Haufa Leit vo ver.di lautstark Luft gmacht ham und dera Bagasch bei ihrm Presseball mal gscheit d'Meinung drommelt ham! So geht des ned! Was? Des wisst's ihr no ned? Tja mei, des is halt ned in dr' Zeitung gschdanda!
Scho bled, wenns blos oi so a kapitalistische Zeitung gibt, wo alles blos bei de Agenturn abpinslt...und Augschburg griagt nix mit, weil dia des natürlich ned in ihr Zeitungsbläddle neischreim, dass se ihre Drugga drugga duan! Da griag I a so a Wuat...na vielleicht is des ja gar ned schlecht, wenn mir amol dr' Huat hochgeht...dann kennen dia Gloifi endlich amol ofanga bei mir! Wahrscheinlich kommen's dann daher, wenn's recht schneit, dia Hirabigga, dia blede! Hoffentlich ham's nochad scho agfanga an mir rumzummörtln, wenn mir uns wieda seha duan!

Bis zum nächschda Mol!
Dr' Perlachgugga

➔ *Fortsetzung von Seite 1*

»Verantwortung zu übernehmen«. Wieder also das gleiche Spiel, wie wir es auch schon von Ledvance – dem früheren Osram – kennen. Dort ist die Produktion Anfang November eingestellt worden, Hunderte Beschäftigte haben ihren Arbeitsplatz verloren. Auch in diesem Fall äußerte sich Weber *»enttäuscht«* und *»ging davon aus«*, dass sich das Unternehmen *»deutlich zu seiner Verantwortung gegenüber den Beschäftigten«* bekennen werde.

Dabei ist unsere Stadt einfallsreich, wenn es darum geht, Unternehmern den *»Standort«* Augsburg schmackhaft zu machen. *»Wirtschaftsförderung«* wird groß geschrieben, es gibt eine breite Palette von Subventionen, Zuschüssen, Darlehen usw., aus denen sich die Firmen bedienen können. Denn sie schaffen ja Arbeitsplätze!

Tatsache ist jedoch, dass sich Augsburg so am Unterbietungswettbewerb der verschiedenen Standorte beteiligt: Wer ist am billigsten, wer steckt den Konzernen das meiste Geld in den Allerwertesten, wer hat die geringsten Auflagen? Die Unternehmer stecken die Geschenke gerne ein – eine Verpflichtung erwächst daraus in ihren Augen nicht.

In dieser Logik sind CSU, SPD, Grüne, FDP usw. verhaftet. Deshalb können sie nur hilflos zuschauen, wenn die Diebe nach erfolgreichem Raubzug weiterziehen. Dabei sieht geltendes Recht vor, dass *»Eigentum verpflichtet«*. Im Grundgesetz, Artikel 14, heißt es: *»Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«* Die Bayerische Verfassung verbietet ausdrücklich Kartelle und Monopole und hält die Möglichkeit der Enteignung von Unternehmen und ihre Überführung in Gemeineigentum offen.

Womit wir wieder bei den Unternehmensschliessungen in Augsburg wären. Die Beschäftigten bei Ledvance hatten Konzepte entwickelt, um ihre Firma weiterzuführen, doch beim Konzern stieß das nicht auf Gegenliebe. Man beharrte darauf, den Produktionsstandort Augsburg dichtzumachen.

Wo war denn da die Wirtschaftsförderung von Frau Weber & Co.? Warum hat Augsburg seine Bürger nicht dabei unterstützt, das Unternehmen selbst zu übernehmen und so die Arbeitsplätze zu erhalten?

Etappensiege

Jetzt auch in Augsburg: Nach harten Arbeitskämpfen an Kliniken in Berlin, NRW und im Saarland ist es gelungen einen kleinen Sieg gegen den Pflegenotstand auch in Augsburg zu erringen. Unter anderem sollen am Zentralklinikum bis 2020 hundert Vollkraftstellen im Pflegedienst neu eingerichtete werden.

Nach Warnstreiks und Urabstimmung der Beschäftigten konnte Ver.di endlich einen Entlastungstarifvertrag für das Zentralklinikum abschließen.

Die im Tarifvertrag erstritten Rechte sind einklagbar. Und, die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sie sich gemeinsam wehren können.

Die Initiative *»Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern«* hat die erforderlichen Unterschriften (102.137) für ein Volksbegehren gesammelt. Unter anderem soll durch das Volksbegehren ein gesetzlicher Personalschlüssel für alle Stationen im Krankenhaus durchgesetzt werden.

Damit das Volksbegehren erfolgreich ist müssen 900.000 Wahlberechtigte unterschreiben. Erkundigen sie sich, unterschreiben sie!

www.stoppt-pflegenotstand.de

- Innerhalb der nächsten 18 Monate wird eine Regelbesetzung auf allen bettenführenden Stationen und Funktionsabteilungen eingeführt.
- Grundlage hierfür ist eine Personalbemessungsregelung die den Pflegeaufwand für einzelnen Patienten abbildet.
- Bis zu diesem Zeitpunkt gibt es Übergangsbestimmungen für die Regelbesetzung auf den einzelnen Stationen und Arbeitsbereichen, inkl. eines Besetzungsstandards für die Nachtschichten.
- Aufbau von 100 zusätzlichen Vollkraftstellen im Pflegedienst (bis einschließlich 2020).
- Einführung eines Konsequenzenmangements für Belastungssituationen
- Einführung eines Belastungsausgleichs für das Pflegepersonal, der u.a. vorsieht, dass nach sieben Schichten innerhalb eines Monats, die unterbesetzt gearbeitet werden, ein Belastungsausgleich durch einen freien Tag erfolgt.

Verbesserung der Ausbildungsqualität:

- Zusätzliche Stellen für die Anleitung von Auszubildenden.
- Keine Anrechnung von Auszubildenden mehr auf den Stationen.
- Ab Herbst 2019 können alle Auszubildenden bis zu fünf Tagen selbstständig ihren Urlaub verplanen.
- Das »Ausleihen« auf anderen Stationen während eines Einsatzes wird deutlich eingeschränkt.

Quelle: Klinikzünder 2018/9 ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Augsburg, Fachbereich Gesundheit, Soziale, Dienste, Wohlfahrt und Kirchen